

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes.

Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis 75 Pf. vierteljährlich.
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Denloerwall 9.
Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die Spalte, Zeitzeile 20 Pf.
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pf.
Für Postbezug: Postamt Köln 1.

Sozialpolitische Ernte 1913.

Was im Jahre 1913 an sozialpolitischen Fortschritten erreicht wurde, ist bezuglich wenig. Dies unerfreuliche Ergebnis wird denjenigen „Politikern“ am meisten auffallen, die von der „himmelstürmenden Nacht“ der 111 Genossen, die seit Januar 1912 im Reichstage sitzen, einen ganz besonderen Fortschritt in der Sozialpolitik erwartet haben.

Die christlichen Gewerkschaftler haben allerdings nicht zu diesen leichtgläubigen Optimisten gehört, denn wir wissen, daß ein praktisches Ergebnis nur dort zustande kommt, wo man sich nicht zur Mitarbeit verpflichtet fühlt, als zum bloßen Fordern. Und an praktischer Mitarbeit haben wir es gerade in diesem Jahre höchlichst nicht fehlen lassen. Man denke nur an die Kleinstenfrage, die Kassen der Arbeiter mit den wichtigsten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung vertraut zu machen, die Wahlen zu den einzelnen Organen der verschiedenen Versicherungen zu organisieren und durchzuführen usw. So schmerzlich es ist, daß in der sozialpolitischen Gesetzgebung eine gewisse Ruhepause eingetreten ist, obwohl der soziale Körper noch aus tausend Wunden blutet, so erfreulich ist es auf der anderen Seite, daß im Laufe des verfloffenen Jahres den Leuten, die nie genug über die Minderwertigkeit dessen, was bisher an sozialen Gesetzen geschaffen wurde, die Nase rümpfen konnten, doch allmählich ein anderes Licht aufgegangen ist.

Als im Laufe des Jahres Stimmen laut wurden, die einer Rückwärtsbewegung unserer staatlichen Sozialpolitik das Wort redeten, fühlte sich auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft veranlaßt, die sog. „Bettelsuppen“ zu verteilen. Es ist in der Tat ein töllisches Bild: Auf der einen Seite die Scharmacher aller Schattierungen, die ihre Daseinsbedingungen gefährdet sehen durch „jauviel“ Sozialpolitik, auf der anderen Seite, auf der von jeher die christlichen Gewerkschaften gehandelt haben, weil sie von dem hohen Werte jedes sozialpolitischen Fortschrittes überzeugt sind, nun auch diejenigen „Politiker“, die lange Zeit verächtlich von „Bettelsuppen“ gesprochen haben. Wenn in den Kreisen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter der blindwütige Radikalismus nicht mehr so weit veranlaßt ist, wie vor einigen Jahren noch, dann ist das nicht zum wenigsten der Tatsache zuzuschreiben, daß immer mehr Arbeiterfamilien am eigenen Leibe die Segnungen der sozialen Gesetzgebung spürt haben, und daher dem Geschwätz einiger Demagogen keinen Glauben mehr schenken. Es gibt auch Leute, die der Ansicht huldigen, durch die sozialen Gesetze wären die Arbeiter nur noch unzufriedener geworden, weshalb gebremst werden müsse. Dieser Kategorie von Kapitalwächtern — auch Kapitalwächtern wäre richtig — haben einige Gelehrte Wasser auf die Mühle liefern müssen. Das ist geschehen, indem man einen Verdichtungsmaßstab gegen den sozialpolitischen Fortschritt eingeführt und für dessen Popularisierung eifrig wirkte. Wir glauben nicht falsch zu urteilen, wenn wir sagen, daß die an diesen Maßstab gemessenen Hoffnungen in der Hauptsache in's Wasser gefallen sind, obwohl gewisse Interessenten ihn mit verständlicher Begeisterung mitmachten und unterstützen. Ganz besonders energisch — das dürfen die christlichen Gewerkschaften von sich sagen, — ist von unserer Seite gegen diese Art der Arbeiter-Unterdrückung Kampf gemacht worden. Eine günstige Gelegenheit bot dazu der dritte deutsche Arbeiterkongreß, der — im Gegensatz zum roten Parteitag in Jena —

durch die überaus sachliche Behandlung wichtiger Probleme der gesamten deutschen Arbeiterwelt wertvolle Dienste erwiesen hat.

Wenn wir mit Befriedigung konstatieren können, daß die Bedeutung wirklich sozialer Gesetze allmählich von denen, für die sie gemacht sind, gewürdigt wird, möchten wir zugleich der Hoffnung Ausdruck geben, daß gerade deswegen jedwedes Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter — ob es auf dem Papier steht oder nicht — verschwinde.

Weste Koalitionsfreiheit!

Das ist's, was wir in erster Linie im Jahre 1914 erstreben werden. Das scheinbare Koalitionsrecht, das wir haben, muß ein wirkliches werden, das von keinem Menschen angefaßt werden darf. Strafe muß den treffen, der dem Arbeiter irgend welche Schwierigkeiten macht, der sich organisiert. Bewegungsfreiheit muß unserer Standbewegung eingeräumt werden. Wir sind mündig und gewillt, unsere Rechte zu reklamieren. Wir haben gearbeitet. Auch künftig werden wir es daran nicht fehlen lassen. Dem Kaiser werden wir geben, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Den Staatsregierungen, die es versuchen sollten, unsere Forderungen zu ignorieren, und statt des wirlichen Koalitionsrechtes uns einen vernechten Schutz der sogenannten Arbeiter zu offerieren, müßten wir zum Vorwurf machen, daß sie ihre Zeit nicht verstehen. Groß ist die Wohnungsnot, die in vielen Städten. Abhilfe ist dringend notwendig. Hoffentlich enthält der Wohnungsgesetzentwurf, der dem preussischen Landtag vorgelegt werden soll, soviel brauchbare Anregungen, daß man auf einen wesentlichen Fortschritt auf diesem Gebiete vertrauen kann! Die übrigen Bundesstaaten werden nicht zurückbleiben! Nicht weniger dringend ist eine baldige glückliche Lösung des Problems der Arbeitslosenversicherung. Wahrlich keine leichte Aufgabe, aber umso wichtiger, weil das Gehesnt der Arbeitslosigkeit alljährlich Tausende in's Elend stürzt.

Einen Augenblick dürfen wir, wenn wir die sozialpolitische Ernte von 1913 von unserem Standpunkt aus abschätzen, auch noch bei dem verweisen, was unser Verband an praktischer Sozialpolitik geleistet hat. Ohne Ueberhebung glauben wir sagen zu dürfen, daß er noch Kräfte und mit viel Erfolg den Interessen unserer Mitglieder gedient hat. Zahlenmäßige Belege wird der Jahresbericht bringen. Soviel kann aber heute schon gesagt werden, daß in keinem Jahre so große Summen an Unterstützungen aller Art ausgegeben wurden, wie im vergangenen Jahre. Auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer sehr großen Zahl von Mitgliedern sind im verfloffenen Jahre durch die kraftvolle Stütze der Organisation gebessert worden.

So haben wir also im vergangenen Jahre manches erreicht, noch sehr viel bleibt zu wünschen übrig. Es wird uns nicht genügt werden. Der Kampf um unser Recht wird auch im begonnenen Jahre geführt werden müssen. Wobian, sorgen wir zunächst dafür, daß wir ihn mit der richtigen Einnahme aufnehmen. Vor allen Dingen ist notwendig, daß wir alle e i n t r ä d i g zusammenarbeiten. Wenn und hierzu müßten wir für unsere Sache werden. Jeder nach seinen Kräften. Dazu wird für uns selbst das frohe Verwünscheln, unsere Pflicht getan zu haben, ein neuer Ansporn sein. Als Christen aber wollen wir alle die Mahnung aus uns beziehen: Geh' mit dir selbst streng in's Gericht. Und wenn dir's nicht gelingt von innen Die Ruh', das Glück dir zu gewinnen, Von außen kommt das Glück dir nicht.

Friede zwischen Klergen und Krankenkassen.

Am Dienstag, den 23. Dezember, fanden im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern, Staatsminister Dr. Delbrück, und in Anwesenheit mehrerer Bevollmächtigter der preussischen Regierung zwischen dem „Deutschen Ärztevereinsbund E. V. Berlin“ und dem „Verband der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen in Leipzig“ einerseits, und dem nationalen „Gesamverband deutscher Krankenkassen E. V., Sitz Essen (Ruhr)“, dem „Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen E. V. in Dresden“ und dem „Betriebskrankenkassenverband in Essen“ andererseits, statt. Nach sechsständigen Verhandeln kam der nachstehende Vertrag, der die Grundlage für weitere Verhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen bilden soll, zustande:

1. Bei dem Versicherungsamt oder bei einer anderen Behörde wird ein Arztregister eingerichtet, in das sich jeder Arzt, der Kassenpraxis betreiben will, einträgt oder bei einer Organisation angeht oder nicht, eingetragen hat. Nähere Bestimmungen über die Eintragung bleiben örtlicher Vereinbarung vorbehalten. Nur die im Register eingetragenen Ärzte dürfen zur Kassenpraxis zugelassen werden. Die Auswahl der Zulassenden erfolgt von Fall zu Fall durch Verständigung der Vertreter der Kassen und der Vertreter der im Arztregister eingetragenen Ärzte nach Maßgabe vorher vereinbarter, im Einvernehmen mit dem Oberberufungsamt festzustellender Regeln. Dabei gelten diejenigen Ärzte, die bisher Kassenpraxis ausgeübt haben, als im Arztregister eingetragene Ärzte und sind in demselben von Amts wegen weiter zu führen. Bei Streit über die Zulassung entscheidet unter Vorsitz eines Beamten (z. B. des Vorsitzenden des Versicherungsamtes) ein paritätisch besetzter Ausschuss, dessen Mitglieder aus dem Arztstande in ihrer Mehrheit zur Kassenpraxis zugelassene Ärzte sein müssen. Ein eingetragener Arzt, der dreimal ohne wichtigen Grund eine ihm angebotene Arztstelle bei einer bereitwilligen Kasse ablehnt, kann im Arztregister gelöscht werden.
 2. Soweit nicht bei einer Kasse oder einem Kassenverband (§§ 406 bis 413 der Reichsversicherungsordnung) grundsätzlich alle im Arztregister eingetragenen Ärzte zur Kassenpraxis zugelassen sind, sind solche Ärzte anzustellen, daß mindestens auf je 1350 Versicherte ein Arzt entfällt. Unter den bei einer Kasse oder einem Kassenverband zugelassenen Ärzten soll, wenn nichts anderes bestimmt ist, den Versicherten die Auswahl freistehen.
 3. Die Art der Vergütung der ärztlichen Leistungen einschließlich der Zubehöfen wird der Regelung durch die Einzelverträge überlassen. Bei der Festsetzung der Vergütungen ist daran festzuhalten, daß dieselben unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse sowohl der Leistungsfähigkeit der Kassen als auch der Ansprüche der Ärzte auf eine nach Form und Höhe angemessene Entschädigung Rechnung tragen müssen.
 4. Die Kassen innerhalb des Bezirkes des Bezirksversicherungsamtes und die innerhalb dieses Bezirkes zur Kassenpraxis zugelassenen Ärzte bilden je eine Vereinigung zur Wahl eines Vertragsausschusses, dem nur zur Kassenpraxis zugelassene Ärzte angehören dürfen, und dem die Vorbereitung der Arztverträge obliegt. Die Verträge selbst werden zwischen der Kasse oder dem Kassenverband und dem einzelnen Arzte geschlossen. Die Gültigkeit eines solchen Vertrages darf nicht von der Genehmigung einer anderen Organisation als der in Absatz 3 erwähnten, abhängig gemacht werden.
 5. Soweit über den Abschluß neuer Verträge keine Einigung erzielt wird, unterwerfen sich die Ärzte und Kassen dem Spruche eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsamtes mit beheimateten Vorständen darüber, welche Bedingungen als angemessen dem Vertrage zugrunde zu legen sind.
- Dankschuldig des Arztbüros verwendet es unbeschadet der Teilnahme unter Nummer 7 bei dem jeweils bestehenden Zustand. Eine Änderung des Arztbüros tritt ein, wenn beide Teile, die Kasse und die bei der Kasse zugelassenen Ärzte, darüber einig sind, oder, wenn bei mangelnder Einigung beider Teile ein wichtiger Grund vorliegt. Beim Widerspruch der bisher bei einer Kasse zugelassenen Ärzte gegen eine von der Kasse erzielten Änderung des Arztbüros kann die mangelnde

Der Vorstand des Verbandes hat sich für die Fortführung der Verhandlungen entschieden. Der Vorstand des Verbandes hat sich für die Fortführung der Verhandlungen entschieden.

6. Wenn Streit aus abgeschlossenen Verträgen entsteht, so ist ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht einzurufen und für beide Teile bindend; für verhängnisvolle Ansprüche kann der Richterweg vorbehalten werden.

7. Beendete Verträge zwischen Ärzten und Ärzten bleiben, soweit nicht die Bestimmungen in Nummer 11 Platz greifen, unberührt. Die Bestimmungen dieses Abkommens sind in den Fällen nicht anzuwenden, in denen vor dem 24. Dezember 1913 zwischen Ärzten und Krankenkassen eine Vereinbarung, vorbehaltlich der Genehmigung der Zentrale des Leipziger Verbandes, zustande gekommen ist.

8. Auf die Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten und den Betriebskrankenkassen der Eisenbahnverwaltung und auf die Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten und den knappschaftlichen Krankenkassen finden die Bestimmungen dieses Abkommens keine Anwendung.

9. Es bleibt vorbehalten, bei der Ausführung dieses Abkommens im Einvernehmen mit den Beteiligten zu prüfen, inwieweit die Verhältnisse der Krankenkassen und bei an ihre Stelle tretenden Ortskrankenkassen noch besondere Bestimmungen erforderlich machen.

10. Die vertragsstiftenden Teile verpflichten sich, die Gründung ihrer Organisationen zu diesem Abkommen bis zum 29. Dezember 1913 vormittags dem Reichsamt des Innern anzuzeigen. Ist beiderseits Zustimmung erfolgt, dann wird die ursprüngliche Vertragsurkunde (Leipziger Verband) a) den Abschluss von Verträgen dort, wo Ärzte und Kassen über die Vertragsbedingungen einig sind, sofort zulassen, b) bei neuerzeitlichen Kassen eine vorläufige Ordnung der ärztlichen Versorgung (Anträge, c) darauf hinwirken, daß dort, wo bei schon bestehenden Kassen eine Einigung zwischen Ärzten und Kassen noch nicht erfolgt ist, die Vertragsverhandlungen gefördert werden, und bis zu deren Abschluss die alten Verträge weiter gelten.

11. Beide Vertragsparteien werden bemüht sein: a) auf die vollständige Entbindung derjenigen Ärzte von der landesärztlichen Tätigkeit am Orte Rücksicht zu nehmen, die bei Kassen während der letzten Vertragsverhandlungen von anderen Ärzten übernommen haben und mit denen die ärztliche Tätigkeit fortgesetzt haben; b) für die anderweitige Ausübung dieser Ärzte zu sorgen; c) auf eine möglichst baldige Lösung dieser Verträge hinzuwirken, b) die dabei notwendig werdenden Abschlüsse zu beschleunigen. Diese Bestimmungen sollen von beiden Vertragsparteien gewissenhaft erfüllt werden, wobei besonderer Nachdruck auf die Bestimmungen über den Ausschluss der Leipziger Verband unter der Voraussetzung, daß die Verträge der Kassen ihren Einfluß behalten werden, das Entstehen der Kassen zu dem Zeitpunkt für diesen Zweck einen Nachdruck von Artikel 6 bis auf den Kopf der Verträge zu bewilligen. Durch diesen Nachdruck soll die Hälfte der Kosten gedeckt werden.

12. Zur Durchführung dieses Abkommens und zur Ausführung von Einzelheiten, die daraus resultieren, wird ein paritätisch zusammengesetztes Zentralausschuss in Berlin eingesetzt, dessen Vorsitzenden der Staatssekretär des Innern ernannt. Bei der Besetzung des Ausschusses wird auf entsprechende Mitwirkung der beteiligten Bundesstaaten Rücksicht genommen.

13. Dieses Abkommen gilt vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1915 und von da an auf unbestimmte Zeit weiter unter dem Vorbehalt einjähriger Kündigung, die nur auf den 1. Januar zustandig ist. Im Falle einer Kündigung soll der Zentralausschuss alsbald Verhandlungen einleiten, um ein neues Abkommen vorzubereiten.

Zu Nr. 7 der Vereinbarungen ist noch folgendes zu bemerken: Es besteht Einigkeit unter den Vertragsstiftenden darüber, daß die Zustimmung auf der Seite der Kassen Anwendung findet, welche ohne Kenntnis dieser Vereinbarung bis zum Ablauf des 28. Dezember 1913 abgeschlossen wird.

Die beteiligten Organisationen werden bemüht sein, die ordnungsmäßige Durchführung dieses Abkommens in den Grenzen ihrer gesetzlichen Befugnisse nach Möglichkeit zu fördern. Für das künftige Fortleben hat die Regierung bereits ihre Bereitwilligkeit hierzu öffentlich zu erkennen gegeben. Der Herr Staatssekretär des Innern verpflichtet sich, das gleiche bezüglich der übrigen Bundesstaaten sobald als möglich zu bewirken.

Der Leipziger Kreisverband hat dem vorstehenden Abkommen in seiner außerordentlichen Versammlung in Leipzig am 28. Dezember zugestimmt, ebenso auch die Vorstände der obengenannten Krankenkassenverbände.

Damit ist der Frieden wohl gesichert und die örtlichen Verhandlungen der Kassen mit den Ärzten können auf der vorgedachten Grundlage alsbald zum Abschluß gebracht werden.

Schwierigkeiten, die neuerdings auftauchen, werden hoffentlich überwunden.

Für unsere Kollegen aber, die in den verschiedenen Krankenkassen als Ausschuss- und Vorstandsmitglieder amtieren, erwächst nunmehr die Pflicht, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß der Anschluß ihrer Kasse an den nationalen Gesamtverband deutscher Krankenkassen (Gesellschaftsleiter, Verlorenwald 9) alsbald erfolgt. Dieser Verband hat die Interessen der Krankenkassen bei dem Streite mit den Ärzten in erfolgreicher Weise wahrgenommen. Nach § 414 der R.-V.-O. muß über die Verwendung von Kassennitteln für den Verband bei den Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite getrennt abgestimmt werden. In beiden Gruppen muß sich die Stimmenmehrheit für die Aufbringung der Mittel erklären. Dort, wo die Kollegen im Vorstand in der Minderheit sind, mögen sie bei den Arbeitgeber-Vertretern darauf hinwirken, daß nicht etwa

die Kassen an den 1. Januar 1914 den Anschluß an den nationalen Gesamtverband deutscher Krankenkassen (Gesellschaftsleiter, Verlorenwald 9) alsbald erfolgt. Dieser Verband hat die Interessen der Krankenkassen bei dem Streite mit den Ärzten in erfolgreicher Weise wahrgenommen.

Ein Gewaltstreik im Dürener Bezirke.

Wie bereits in der vorigen Ausgabe der Graphischen Stimmen geschildert wurde, hat ein Fabrikant des Dürener Industriebezirks, die Firma Gebr. Goesch G. m. b. H. in Kreuzau, es fertig gebracht, knapp vor Weihnachten 38 direkt organisiert Arbeiter- und Arbeiterinnen teils sofort zu entlassen, unter Verweisung der Entschädigung für die gesetzliche Kündigungszeit, teils denselben das Arbeitsverhältnis aufzufundigen.

Am Samstag, den 4. Januar hat nun die Firma die in Kündigung stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen ebenfalls entlassen, jedoch jetzt 32 Kollegen, wovon 18 Familienväter sind, und 8 Kolleginnen, mitten im Winter arbeits- und brotlos sind.

Die vorgebrachten Gründe, daß man zu diesen Maßnahmen durch Mangel an Aufträgen gezwungen sei, können nach all den Erfahrungen, mit denen man unsere Organisation verfolgt hat, unmöglich überzeugend wirken und man mag noch fünfzig weitere Arbeiter entlassen, um die öffentliche Meinung irre zu führen, die nicht ungeschickten zu machen den Tatsachen reden eine andere Sprache.

Kadettel, Eigendünkel, Herrschsucht bis zur Rücksichtslosigkeit sind es, die in Kreuzau nicht dulden wollen, daß bei der vorigen Arbeiterschaft eine selbständige Bewegung ausbricht.

Vor Jahren, bei der Gründung des katholischen Arbeitervereins, hat man es verstanden, die Arbeiter des Betriebes ihm fernzuhalten, wenn auch nicht auf diese radikale Art. Heute geht man weiter und wirft, nach eigenem Willen, zum Teil die fähigsten Arbeiter des Betriebes erwerbslos auf die Straße, weil sie es gewagt haben, sich mit ihren Gleichen zur Hebung ihres Standes zusammenzuschließen.

Kübel es nicht heimlich an, wenn man diesen millionenschweren Kretzler fassen darf: „Die Unternehmer sind von Staat und Kirche verlassen und der Wille der Arbeiterschaft preisgegeben.“ Gewiß, wenn man es ein Menschenalter lang verstanden hat, nur zu herrschen, im Bereiche sowohl wie in der Gemeinde, dann empfindet man es unangenehm, wenn andere Kreisläufe selber sich aufreissen und, wo es not tut, auch ein Wort mitsprechen wollen. Gedankengänge eines Goesch scheinen uns aber trotzdem unsofort, denn welcher Arbeiter wird gleich ihm sagen wollen: „Zitellens hab ich noch nicht mit einem Arbeiter gesprochen, dazu habe ich meine Deamen.“ Und da spricht man von patriarchalischen Zuständen, umgibt sich mit dem Nimbus der Wohlthätigkeit, während man andererseits fast glauben sollte, man wäre in Rußland.

Herrchen, herrschen will man, uns wer es wagt, auch innerhalb der Gemeinde anderer Ansicht zu sein, der ist für solche Herrenmenschen gesellschaftlich und geschäftlich unmöglich. Und eine solche Behandlung wagt man im 20. Jahrhundert den Arbeitern zu bieten, und ausgerechnet solchen, die größtenteils unter der Leitung des Herrn Direktor Kriegervereinsmitglied sind. Wir sind gespannt, ob der Herr den Mut hat, bei der nächsten patriotischen Feiertag auch die mit seiner Hilfe brotlos gewordenen Arbeiter noch mit „Kamerad“ anzusprechen.

Obwohl dieser Feiertag es nicht, unsere Arbeiterschaft in antinationalen Sinne zu beeinflussen, aber gesagt muß es werden: wenn wir in dem Kampfe gegen Thron u. Altar uns als Sturmholz gegen die Unsturz erweisen sollen, dann besäme man uns nicht das bishere Recht, das wir als Arbeiter vor dem Gesetze haben. Sei man in dieser Beziehung doch konsequent! Wenn man als Fabrikant mit feinesgleichen sich aufammensticht zur Förderung der gemeinsamen Interessen, warum darf die Arbeiterschaft nicht dasselbe tun? Wenn Arbeitsmangel im Betriebe der Firma Gebr. Goesch vorlag, warum konnte man dem Wunsche eines großen Teiles der Arbeiterschaft dann nicht entsprechen und nach Bedarf eine Ariersticht einlegen? Wie angegeben, Rücksicht auf die Kundschaft kann es nicht sein, denn dann würde man nicht mit dem Gedanken spielen, den Betrieb eben, um ein weiteres Drittel einzuschränken oder gar einzustellen, denn dann würde man ja auch die Kette in der Kette, die Unorganisierten treffen und das will man doch sicher nicht, oder sollte die Kundschaft vielleicht ertragen können, daß der Betrieb ganz feiert?

Dieser Tage lasen wir in der Dürener Zeitung, daß in der letzten Lohnperiode wegen „Arbeitsmangel“ oder richtiger wegen „Mangel an Arbeitern“ teilweise Überstunden gemacht wurden, auch hieß es irgendwo, man

hatte einen gewissen Anteil einen anderen zur Tragung immer gegeben, um möglichst am allerersten die Beschäftigten wieder zu beschäftigen. Das zeigt und gibt an Arbeitsmangel projekten Ende nicht außer der Firma selbst in hiesiger Gegend kein einziger Arbeiter, wenn auch ausgehen werden soll, daß die Arbeit in anderen Betrieben nicht gerade drückt. Das muß aber nach all den Erfahrungen nun auch hier Ergänzungen ausfüllt, unbefürchtet darum, ob man sie entbehren kann oder nicht, das sagt genug und deshalb steht auch hier die öffentliche Meinung ganz auf Seiten der Arbeiterschaft.

Das beweisen zunächst die von uns veranstalteten 5 öffentlichen Versammlungen am Neujahrstage, wo in Kreuzau, Drönn, Vendersdorf, Winden und Wiederau jedesmal Hunderte von Arbeitern und Angehörigen anderer Berufsstände den Ausführungen der Referenten lauschten und einmütig das Vorgehen der Firma scharf verurteilten.

Besonders erzieulich muß es genannt werden, daß die katholischen Arbeitervereine des Dürener Bezirks sich ausnahmslos auf die Seite der niedergebundenen Arbeiterschaft gestellt haben, sowohl durch öffentliches Eintreten der Bezirksleitung in der Tagespresse, wie durch finanzielle Beihilfe. Aber nicht allein die Ständegenossen schlossen sich demogen, die brotlos Gewordenen zu unterstützen, Angehörige aller Stände steuern bei, jedoch man mit Recht sagen kann, die Gemahregelten haben die Sympathie aller rechtlich Denkenden. Diese öffentliche Anteilnahme kann und wird aber nicht genügen, um die Arbeiter vor Not zu schützen, zumal es sich z. Teil um kinderreiche Familien handelt. Im Anbetracht dessen hat der Zentralverband die größtmögliche Unterstützung für Kreuzau bewilligt und auch gutgeheißen, daß die Papierarbeiter für die Dauer der Bewegung einen allgemeinen Solidarbeitrag erheben, dessen Betrag mit den freiwilligen Gaben nach als besondere Unterstützung Verwendung finden soll. Wenn sie alle in einem Wettstreit ihr Ehrenkleid beistellen, so wird der Plan des Arbeitskreises, der die Arbeiter aufeinander durch Hunger würde machen will, zu scheitern werden.

Mancher wird sich fragen, war es nicht möglich, diesen Schlag mit Gewalt abzuwehren? Vielleicht ja, jedoch müssen wir bedenken, daß kaum ein Drittel der Gesamtarbeiterschaft gewonnen war, wenn auch die Reihen waren, und daß es sich andererseits um eine junge Kollegschaft handelte, die erst zwei Monate geschlossen hatte und auf die deshalb, wie die Erfahrung lehrt, allgemein kein Verlaß ist. Wir hätten nur Einbruch durch Kontraktbruch machen können, und das wären aus prinzipiellen wie auch aus anderen Gründen nicht angängig. Wir hielten bei der gegebenen Situation den friedlichen Weg für am gerissenen.

Nun müssen wir der hiesigen Arbeiterschaft zeigen, daß wie sie nicht verlassen, selbst wenn sie erst einige Wochen zu uns gehört; das wird Tausenden die Augen öffnen und sie den Wert der Organisation klar erkennen lassen.

Was die Tagespresse zum 3. Deutschen Arbeiterkongress schrieb.

Witten-Gemert (fortschrittlich): Die Kerntruppe der Bevölkerung des Kongresses bildeten die christlichen Gewerkschaften und die konfessionellen Arbeitervereine. Politisch betrachtet, gehörte die große Mehrzahl der Teilnehmer dem Zentrum an, die evangelische Minderheit hießte sich auf die Christlich-Sozialen und die Nationalliberalen verteilt haben; nur in einzelnen evangelischen Arbeitervereinen finden sich auch linksliberale in nennenswerter Zahl. Trotz dieser Zusammensetzung kann man auch vom fortschrittlichen Standpunkt aus den Forderungen des Kongresses meistens beipflichten, und der unbedingten Bedauer darf feststellen, daß der Kongress ganz erzieulich gearbeitet hat.

In allererster Linie mag dies auf den sozialpolitischen Inhalt der Stunde zurückzuführen sein, die zu fräftiger Abwehr sozialistischer Wünsche und zu einem klaren Bekenntnis der Sozialreform zwingt. Es ist aber wichtig und verdient gerade vom parteipolitischen Standpunkt aus hervorgehoben zu werden, daß der Kongress sich nicht auf Fragen des Wohlfahrtsrechtes, des Wohnungswehens und der Arbeitslosenfürsorge beschränkt, sondern auch die Lebensmittelfrage recht energisch zur Behandlung gebracht hat. Was der Generalsekretär Stegerwald in seinem Referat zu dieser Frage vorbrachte, das mag den konservativen Vertretern, die am ersten Tage ihre Arbeitereundschaften mit eigener Zorn bezauberten, recht unangenehm in den Ohren gelungnen haben....

Deutsches Volksblatt-Struttgard (Zentrum): Die Arbeiter-Vorgänge und die damit sich anschließenden Reichstagsdebatten liehen die Berichterstattung über den deutschen Arbeiterkongress vielfach zu kurz kommen. Und doch verdient diese Tagung eine besondere Aufmerksamkeit. Schon die Tatsache, daß nahezu 1 1/2 Millionen Arbeiter und Angestellte auf dem Kongress vertreten waren, beweist erzieulicherweise, daß

die wichtigsten Mittel für Arbeiterbewegung...
lands auf dem Vormarsch begraben ist; darüber ist
denn aber wenigstens auch der Zustand der Arbeiter-
bewegung. Weiterhin war erziehl, konstatieren zu
können, was nach dem letzten Kongress, und auch die zu
diese jeweils sich anschließende Diskussion auf einer er-
zeulichen Höhe standen. Der Berliner Kongress zeigte,
weiche Stelle geringere Arbeit in den christlich-nationalen
Arbeiterorganisationen im letzten Jahrzehnt gezeitert
worden ist. Andere Stände sollten aus dieser Entwic-
lung lernen.

Erziehllich ist, konstatieren zu können, daß auf dem
Berliner Kongress jede allzu scharfe Stellungnahme
gegenüber wichtigen Interessen anderer Stände ver-
mieden worden ist. So hat z. B. Generalsekretär Steger-
wald ein außerordentliches Referat über die Lebens-
mittelerzeugung und deren Verfassung gehalten und da-
bei sein die Landwirtschaft verlesendes oder schädigendes
Wort gesprochen. Er hat gleichwohl eine ganze Anzahl
Mittel angegeben, die geeignet sind, diese für unser Volk
so wichtige Frage einer befriedigenden Lösung entgegen-
zuführen. In den Parlamenten und auf den Rathhäusern
wird man wohl öfters auf die Rede zurückkommen
müssen.

Der konservativen Presse ist besonders das Referat
Stegerwalds und jenes des Abg. Andre über das So-
zialienrecht auf die Herzen gefallen.

Münchener Neuere Nachrichten (linksliberal):
... Der Kongress war befehlt in der Hauptsache
von Delegierten der christlichen Gewerkschaften und der
katholischen und evangelischen Arbeitervereine. Die
gelben, unternehmerischen Werthe waren nicht ver-
treten, wohl aber der Verband laudischer Arbeitervereine
(Sitz Berlin), der durch seine einseitige konfessionelle
Tendenz den christlichen Arbeiterführern manche schwere
Stunde bereitet hat. Schon diese Zusammensetzung der
Kongreßteilnehmer läßt ersehen, daß auf dem Kongress
eine gemäßigtere Tonart vorzuherrschen hat. Dennoch ist
die konservative Presse sehr unzufrieden mit dem Verlauf
des Kongresses. Kamenität die Schlussbeschlüsse des
Vorstandes Stegerwald ist ihr auf die Herzen gefallen.
Herr Stegerwald, der im Verband der christlichen Ge-
werkschaften eine führende Rolle spielt, hat sich mit
großer Schärfe gegen das sogenannte Recht der schaffenden
Stände als einer Unternehmerorganisation zur Verlang-
samung der Sozialpolitik ausgesprochen, und vor allem
schärflich die künftigen Sozialpolitik dem Hand der Land-
wirte einige unangenehme Beschlüsse ergiebt. Er
meint u. a.:

Wenn der Bund der Landwirte den lächerlichen An-
spruch vermag, so müssen wir erklären, daß wir uns
nicht mehr wie 1912 und wie bei der Finanzreform vor
die vollendete Tatsache stellen lassen werden. Die Zer-
stückelung hat uns eine Warnung ist!

Es ist begreiflich, daß solche Worte die Deutsche
Landwirtschaft, das Organ des Bundes der Landwirte,
bitter getroffen haben. Denn die Aufgabe an das Leipziger
Angebot und die Vertreter des landwirtschaftlichen
Standes haben sich gerade in der jüngsten Zeit unheimlich
gehört.

Besonders für die Stimmung unter den Arbeit-
webern hat Kongress sehr gut gewirkt, daß auf den An-
spruch des christlichen Gewerkschaftsführers Juchacz kein
Wichtiges des Verbandes der laudischen Arbeitervereine
(Sitz Berlin) in den Austausch gerichtet wurde. Den
Berliner, die sich bedingungslos auf den Boden der
christlichen Gewerkschafts-Grundsätze gestellt haben, ist
beim die Gleichberechtigung und Verlässlichkeit von der
unvermeidlichen Mangel des Kongresses, vor allem
von den christlichen Gewerkschaftsführern, vorläufig ab-
gesprochen worden. Das zeigt, daß die Gewerkschafts-
Grundsätze, statt Freiden zu stiften, erst recht Eintracht
gestiftet hat. Ob man in Rom von diesem Erfolg sehr
erlaubt ist, mag bezweifelt werden.

Einzelne Bemerkungen (sozialdemokratisch):
... In den Spalten der konservativen Presse lobt der
Grimm der Enttäuschungen. Der Kongress der christlich-
nationalen Arbeiter hat es ihnen angetan, denn er hat
sich nicht als das Bewährt, was die Junter und deren
Hilfsgesellen von ihm erhofften. Er ist nicht die unbeding-
te sichere Schutztruppe der Reaktion, die sie in ihm
vermuteten. Und das ist eine Enttäuschung, wie sie

im vorerzählten zeigt nicht kommen können. Denn der
Reaktion befreundeten einen gewissen Nachstoß in den ersten
Lebensjahren der Sozialreform, bezogen zur Verwer-
fung ihrer reaktionären Ziele die Summe des
Broses. Im letzten Jahre sind die Sozialdemokraten,
nach Vector des Streikpostens und Befestigung des
Sozialienrechts. Sie begründet ihre Schmach nach
der Kündigung der Arbeitervereine mit der Notwendigkeit,
die ordnungs- und arbeitstüchtige Arbeitervereine zu schau-
en, vor dem angehenden Terrorismus der Sozialdemo-
kratie und der Gewerkschaften. Und nun kommt ein
nicht unbeträchtlicher Teil der solchermaßen „Schub-
bedürftigen“ und lehnt in nicht mizauwerthender Weise
die jährliche Liebe der Junter und Juntergenossen dan-
kend ab. Kein Wunder, wenn da dem Mann mit der
Kognakmarke in der Deutschen Tageszeitung die Galle
überläuft und wenn die ehrsame Kreuz- Zeitung mit sich
kämpfen muß, um nicht in junkerlichen Sauberdeuten
zu verfallen.

Der dicke Cerzel, der Kognakmarke, hat seine
Leier auf die Melodie: O lehre zurück gestimmt. Er
sieht um Gerechtigkeit, die die christlich-nationalen Ar-
beiter aus anderen Ständen, den Juntern usw. wider-
fahren lassen sollen. Es liegt uns nicht daran — führt
er —, die tatsächlich vorhandenen Gegenstände zu ver-
schärfen; im Gegenteil, es würde uns freuen, wenn sie be-
seitigt oder gemildert werden könnten. Das ist aber
nur möglich, wenn die organisierten christlichen Arbeiter
sich nicht einseitig auf den Klassenstandpunkt stellen, son-
dern auch den anderen Ständen und dem Unternehmertum
Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Die Kreuz- Zeitung dagegen bläst andere Töne. Sie
nieht die christlich-nationalen als Klassenkämpfer an —
eine Ehre, die diese selbst liebhaft gestikulierend ablehnen
— und schreit dann los:

Zu einer inneren Überwindung der Sozialdemo-
kratie sind die christlichen Gewerkschaften jedenfalls un-
fähig. (Wörtlich wiedergegeben bis zu dem Sage.) Dar-
nach würden dann erst Gewalttatigkeiten und Verleidi-
gungen den Lebensruhr jeder selbständigen Arbeiter-
bewegung!

In demselben Sinne geht es fort über einundeinhalb
Spalten hinweg. Am schwerlichsten aber empfinden
Cerzel und Kreuz- Zeitung, daß die geliebte „Kartei der
schaffenden Stände“, diese famose reaktionäre Ver-
bahrung der Junter, Schwarzmaier und Mittelständler,
die schärfste Abwehr erwidert. Denn was will das Kartell
bedeuten, wenn es nur in dem Boden der Gesellschaft,
so bei den Gelben, Anhang findet, sonst aber den Wider-
spruch aller Arbeiterkreise hervorruft? Und so schreit
den Cerzel: Die ganze Haltung des Kongresses hat
den wenig befriedigenden Beweis geliefert, daß auch die
christlichen Arbeiter an eine Überwindung der Klassen-
gegensätze nicht glauben.

Das ist zwar der Eier jubist für die christlich-natio-
nalen deren Vorführer sich letzten Endes doch nur in
der ihnen am besten stehenden Rolle der politischen
Schwammträger produzierten. Aber daß sie sich nicht
schlechts der Reaktion verschrieben, sich nicht freiwillig
für sie bekannnen, das schmerzt die Cerzel und Kon-
fessionen, die gerade jetzt so etwas wie Rückhalt in Ar-
beiterkreisen brauchen, um ihre reaktionären Pläne
durchzuführen. Sie hätten gehofft, wenn politischen
Günstigung vorzuziehen betrieben zu haben, und müssen
nun zu ihrem Schicksal sich eingestehen, daß sie sich ge-
läufig. Darum der Grimm der betrogenen Betrüger.

Strenge Stellung (konservativ):
Gegen den Klassenkampflichen Standpunkt der
christlichen Gewerkschaften glauben sie schon als „Anti-
sozial“ bezeichnet zu können, der nicht ihre sozialen Wege
zu wandeln bereit ist. In dem Bestreben zur Sozial-
politik erhoben sie Einspruch gegen die Verabschiedung
Distretierung der Wirkungen und Erfolge der deutschen
Sozialpolitik. Also die Schattenseiten sollen gestiftet
übersehen, es soll nur nach gelobt und gepriesen werden.
Der Beschluß bezeichnet es als die wichtigste Aufgabe
für Staat und Gesellschaft in der Gegenwart und der
nächsten Zukunft, den unteren Volksteilen einen ange-
messenen Anteil an den Erfolgen unserer Wirtschaft-
tätigkeit und an den Fortschritten der Kultur zu
mitteln. Insbesondere obliegt es ihnen, den geistlichen
und sozialen Aufstieg des Lohnarbeitersstandes zu fördern

und die Abgrenzung der Lohn- und der Lohnarbeit-
stellung zu ermöglichen. Über dem ungenügenden An-
teil an den Erfolgen der Wirtschaftstätigkeit muß es
immer sehr schwer fallen, eine Forderung der versta-
deten Gewerkschaften vorzubringen. Es wird keine
Kette z. B. des Mittelstandes geben, die der Ansicht sind,
daß „den unteren Volksteilen“ dieser Anteil nicht erit
vermehrt zu werden brauche, sondern daß sie ihn in
ihrem größten Teile schon besitzen. Was aber die Ein-
gliederung des Lohnarbeitersstandes in die bürgerliche
Gesellschaft angeht, so hängt diese ganz allein von dem
Lohnarbeitersstand selber ab. Sie ist vollzogen, sobald er
sich nicht mehr nach der sozialdemokratischen Lehre im
Gegensatz zu den „besitzenden Klassen“ fühlt. Die For-
derung, daß die Sozialpolitik unentwegt fortgeführt wer-
den müsse, kam wiederholt um Ausdruck, am entschieden-
sten vielleicht durch Professor Adolf Wagner, der den
Besenden, die in dieser Hinsicht geltend gemacht sind,
unter stürmischem Beifall das Wort entgegenschleuderte:
„Jetzt gerade vorwärts mit der Sozialpolitik!“ Sein
wirtschaftliches Bewußtsein glaubt er dabei mit den großen
Gewinnen industrieller Aktiengesellschaften, namentlich
im Bergbau, beruhigen zu können. Aber auf fette Jahre
folgen magere und neben blühenden stehen notleidende
Unternehmungen. Sind denn die Befürchtungen, daß
das Uebermaß von Sozialpolitik die Denne töten könnte,
die die goldenen Eier legt, wirklich so utopisch? Gaben
wir nicht in England erlebt, daß das Gewerkschafts-
wesen, dem auch bei uns eine immer schärfernde
Verfassung eingeräumt werden soll, ganze Industrieen
zu Grunde gerichtet hat? Ist dort unter dem Einfluß
neitgehender Sozialpolitik nicht das Maß nationaler Ar-
beit so beträchtlich gesunken, daß das Land, soweit nicht
seine Rohprodukte in Betracht kommen, an Absatz ver-
loren hat und daß die Löhne sinken? Solche Ge-
fahren rechtzeitig zu erkennen und ihnen vorzubeugen,
das ist nicht die wichtige Aufgabe von Staat
und Gesellschaft zu sein. Bedenkt die Nationalwirtschaft, so
muß der einzelne seine entsprechende Arbeit davon ganz
vor selber erhalten. Weht es damit bergab, so ist auch
dem einzelnen mit aller Sozialpolitik und selbst mit
schärfstem Terrorismus nicht zu helfen.

Strenge Stellung (liberal):
Der dritte deutsche Arbeiterkongress erhält seinen
wahren Charakter durch die scharfe Auseinandersetzung
zwischen Gewerkschaften und Fabrikbetreibern. Die Aus-
einandersetzung hat mit einer gewissen Niedrigkeit der
„Berliner“ gemeint. Richtig einstimmt hat der Kon-
gress es abgelehnt, sich auf einen ausgesprochenen kirch-
lichen Standpunkt zu stellen. Das heißt die Besiegten
bei diesem Beschluß sich nicht beruhigen werden, das ist
jedem klar, der das „bergliche Unternehmen“ zwischen
„Christlichen“ und „Fabrikbetreibern“ kennt.

Und so ganz unzufrieden ist denn doch ihre Organi-
sation lang ihrer geringen Zahl nicht. Denn die „Ber-
liner“ sind nun einmal die Stütze des Nationalen und
eines großen Teiles der Sozialreform, während die Köhner
an dem verabschiedeten Nationalen Reformen ihrer kör-
perliche Stütze verlieren haben. Und so natürlich die Un-
zufriedenheit sich zu der von den „Christlichen“ erst bespro-
chenen bestmöglichen Beschäftigung des Arbeiterstandes
verhältnismäßig entgegenkommend gezeigt haben, so er-
scheint die Verdrängung des Einflusses der „Berliner“
in der Zentrumspartei nun vorwärts nicht mehr so
unwahrscheinlich wie noch vor ein paar Monaten. Denn
aus unter den Mittelständlern im Zentrum, der allem
den Fabrikbetreibern, mag es gar manche geben, die einen
verhältnißlichen Gehalt der „Christlichen“ fernhalten für so
überflüssig halten wie die Gewerkschaften. Das diese
sozialkonservativen Elemente in Verbindung mit den
strenge konfessionellen Ultra der „Christlichen“ das Leben
recht teuer machen können, das ist nicht abzusehen.

Das sich Generalsekretär Stegerwald außerdem gegen
jede Erhöhung der Lebensmittelpreise auszusprechen und für
eine Reform des Einkaufsystems, wird vermuthlich die
Hersichtlichkeit zwischen den Agrariern und Arbeitern, die
im Zentrumsbau beieinander wohnen, nicht füttern. Und
wenn auch dieser Wahn sich bisher sehr solide gezeigt hat,
so wird man doch mit milderlicher Angst zu rechnen
haben, der mit dem unter geistlichem Patronat feierlich
besiegelten „Frieden von Metz“ gar nicht zusammen-
stimmen will.

Die Wahl.

Wo geht du denn heute abend hin? So frag Franz
Blant, als er am Samstag gegen 6 Uhr seine Wuch-
binder-Schürze an den Nagel hängte und eben im We-
ggriffe stand, die Werkstätte zu verlassen, seinen Kollegen
Weiß, der eben die Tür hinter sich zuschließen wollte.
Der Befragte war nicht nur ein Kollege, sondern auch ein
guter Freund Blant's und zudem wie jener Mitglied des
christlichen Zentralverbandes. Weiß, der seit zwei
Jahren in der örtlichen Zählstelle den Schriftführerposten
inne hatte, antwortete kurz und knapp: in die Uer-
z a m l u n g! Sprach's, und war verschwunden. Nun
war Franz Blant mit seinen Gedanken allein.

Als ja, der Vorstand hatte durch Rundschreiben zur
Generalversammlung eingeladen und die Hoffnung aus-
gedrückt, daß alle Mitglieder erscheinen möchten. Aber
wogu auch — so ließ sich Franz Blant auf der Stelle vom
Hochmuthseufzen einflüßern — in die Versammlung
gehen, wenn man doch nichts zu sagen hat. Und er
spinitifizierte auf dem Heimweg weiter: Hätte man mit
feinereizt mehr Vertrauen geschenkt, als ich bereit war,
den Vorsitz zu übernehmen, dann bräuhete man mich jetzt
nicht mehr aufzufordern, in die Versammlung zu kom-
men. Aber bei dem jetzigen Vorsitzenden — nein —,
einen langweiligeren hätte man wirklich nicht finden
können. Das war's auch, was mich veranlaßte, die Ver-
sammlungen nichtmehr zu besuchen. Früher, ja, als noch
ein anderer Vorsitzender da war, der für Jeden ein
freundliches Wort hatte und die Geschäftsführung aus
dem H. verstand, da war's noch schön. Aber der it's
auch leid geworden, weil er nicht dauernd der getreue
Fribolin einer schwerfälligen Gesellschaft sein wollte.
Was hat er sich doch Mühe gegeben, um die Kollegen

zur Pünktlichkeit zu erziehen! Hat's vielleicht etwas ge-
nuht? Verzeuht wenig. Nun ja, sei es wie es wolle,
— so beschloß Blant in seinem Herzen — ich kann ja
schließlich heute einmal hingehen, weil ich sonst auch grade
nichts vorhabe. Er blieb seinem Vorhaben treu. Als er
im „Goldenen Schwan“ eintrat, wo die Versammlung
stattfand, begegnete er einem Geficht, das ihm fremd
und doch nicht unbekannt vorkam. Guten Abends! Beide
sagten es fast gleichzeitig — und jedweder wunderte sich,
daß der Andere nicht mehr sagte. Weiß, der schon an-
wendend war, hieß Blant neben sich sitzen und gab seiner
Freude über dessen Erscheinen lebhaften Ausdruck.

Die Versammlung wurde eröffnet. Der Vorsitzende
begrüßte die Anwesenden mit wenig Worten, gab die
Tagesordnung bekannt, und ersuchte dann den Schrift-
führer, das Protokoll der vorigjährigen Generalversamm-
lung und das der letzten Mitgliederversammlung zu ver-
lesen. Weiß verlas sie. Die Versammlung hatte nichts
einzuwenden. Dann gab der Vorsitzende, — ein ruhiger,
lebensschafftsloser Redner — den Geschäftsbericht für das
verloffene Jahr. Jeder konnte es ihm ansehen: er hatte
ein gutes Gewissen. Zwar machte er nicht viele Worte.
Kurz und bündig schilderte er alle wichtigen Vorfälle
des letzten Jahres und idloht mit der Wohnung, im kom-
menden Jahre den Eier noch zu verdrücken, — da die
Zeiten für uns alle ermit sind“. Franz Blant pendete
ebenfalls Weisfall wie alle anderen. Und mit einer Gibe,
die er sich selbst nicht auerzout hätte, gab er den Tisch-
nachbarn seine Meinung kund, daß sich der Vorsitzende
doch besser eingearbeitet habe, als er angenommen hätte.
Und nun staunte er: Die Kollegen entgegneten ihm,
daß dies allerdings richtig sei, daß aber der Vorsitzende
unter allen Umständen sein Amt niederlegen wolle,
weil er von den Kollegen, die das Zeug dazu hätten, nicht
genügend unterstützt wurde. Es klingelt. Der Vorsitzende:

„Wir kommen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Neu-
wahl des Vorstandes.“ Was nun kommen werde, wußte
jeder. Und es kam so, wie sie alle vermuteten. Der
gesamte Vorstand ließ durch den Mund des Vorsitzenden
erkären, daß er nichts mehr in Amt bleiben könne. Ein
Bischofel wart dazwischen: Kabinetsstiftung! Ein Ge-
lächter folgte, aber schnell wurden die Gesichter wieder
ernst. Was nun? Diese Frage schwebte auf allen Lippen.
Franz Blant bat um's Wort. Er war etwas unsicher in
seiner Rede, aber es war dem bisherigen Vorstande eine
Geneignung, daß gerade er, der ein gewisses Ansehen
genoh, immer in stiller Opposition dahinlebte und an-
scheinend dem Vorstande nur Dummheiten vertraute, den-
selben nun dringend ersuchte, doch nicht abzugeben, wenn
er wieder gewählt würde. Mit Freuden — sagte er —
könne er feststellen, daß der Vorstand sich alle Mühe ge-
geben habe, um die Zählstelle zu haben und zu seiner
eigenen Schande mußte er eingestehen, daß er bisher so
wenig mitgeholfen habe. Ueber diese Worte Blant's
herrschte allgemeine Freude. Der Kassierer meldete sich
zum Wort. Kaum hatte er einige Worte gesprochen,
da war es Blant klar: Dieser Kollege, dem er vorher
unter der Tür begegnet war und der ihm so bekannt vor-
kam, hatte mit ihm vor Jahren in A. gearbeitet. Seiner-
zeit hatte er verjacht, ihn für den Verband zu gewinnen,
aber es war ihm nicht gelungen. Und nun? Fast
schämte er sich, als er den Kassierer sagen hörte, daß er
nur deswegen mit den übrigen Vorstandsmitgliedern sich
zur Niederlegung seines Amtes veranlaßt gesehen habe,
weil die Beiträge so unpünktlich eingingen. Blant war
es bei diesen Worten, als wären sie besizell an ihn ge-
richtet, und es wurde ihm ordentlich warm, daß er sich
das noch von einem Kollegen sagen lassen mußte, den er
vor ein paar Jahren über den Wert der Organisation be-
lehrt, empfand er besonders unangenehm.

Ignoranten.

Wir sind begierig, ob die Bundesberichterstattung und deren von Generalstabsoffizieren der „Vorkämpfer“ aus den „unterworfenen“ christlichen Gewerkschaften fallen, nun ihre Meinungen kundtun.

So schreiben wir in der letzten Nummer, nachdem wir unseren Lesern den Bericht und das Verhalten des hiesigen Gewerkschaftspräsidenten mitgeteilt hatten. Mittlerweile ist unsere Reue wieder vermindert worden und zwar in einer Weise, wie wir es wirklich nicht erwarten konnten. Die „Vorkämpfer“ gibt zwar zu, daß die roten Blätter, die mit dem „Janus“, den „Berliner Volkszeitung“ und anderen Blättern den christlichen Gewerkschaftsführern Doppelspiel, Verrat der Arbeitgeber usw. zum Vorwurf machen, ebensowenig heringefallen sind, drückt sich allerdings, indem sie dies zugiebt, so gelinde wie nur möglich aus. Sie schreibt nämlich:

„Es kann ruhig gesagt werden: die Einzelheiten, die sich in den Darstellungen der „Berliner Volkszeitung“ und des „Janus“ vorfinden, sind nicht reiflos bewiesen worden.“

„So kann das doch nicht geleugnet werden? „Einzelheiten“ und „nicht reiflos“ ist gut, — da bewiesen worden ist, daß alle Behauptungen dieser Blätter aus der Luft gegriffen waren.“

Die „Vorkämpfer“ schreibt weiter:

„Wer die Verhandlungen genau verfolgt hat, der wird die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß von einer Selbständigkeit und einer Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften von der katholischen Kirche keine Rede sein kann. Wir haben schon früher diese Unabhängigkeit angezweifelt und tun dies heute nach den Frageergebnissen erst recht.“

Einem solchen Standpunkte gegenüber können wir uns nur fassen. Daß jeder katholische Arbeiter ebenso wie jeder evangelische sich immer im Einklang mit dem Sitzungsbescheid seiner Kirche befinden muß und keiner Organisation beitreten oder angehören darf, die ihm eine gegenteilige Handlung gestattet, ist selbstverständlich. Wenn die Gewerkschaften einen Pfad daran haben, Mitglieder und Führer der christlichen Gewerkschaften deshalb als rückwärts und abhängig zu verzeichnen, weil sie sich zu diesem selbstverständlichen Standpunkt bekennen, dann mögen sie es tun. Uns wird das nicht in der Ueberzeugung wachend machen, daß jede Organisation, die ihren Mitgliedern Handlungen gestattet, die gegen die christliche Situationslehre verstoßen, eine schützende Organisation ist und daß die christlichen Gewerkschaften, die ihre Handlungen mit diesem Situngsbescheid in Einklang halten wollen, gerade deswegen erfolgreich sein werden.

„Weshalb wurde es die „Vorkämpfer“ „Vorkämpfer“, daß bei uns hier in Baden gelassen ist. Der dem Prozeß in Beziehung stehende christliche Gewerkschaftspräsident hätte sich in gewissen Umständen für die Wahl von Nationalberatern erklären müssen usw. Dieser Aufsatz ist natürlich als solcher im Prozeß vorgelesen worden.“

„Weshalb aber wurde“, so heißt es in der „Vorkämpfer“, daß christliche Gewerkschaften im Ausgange politischer Bewegungen für die Gewerkschaftspräsidenten geschrieben haben. Wiesens leugnet das unter Eid ab, aber Jambusch vom „Vorkämpfer“ vertritt ihm, gleichfalls als Zeuge, gründlich das Gegenteil. Er legt die Hände der christlichen Gewerkschaften hin und sagt: „Gewerkschaften erziehen zum Prozeß, daß die christlichen Gewerkschaften allen Parteien gegenüber politisch neutral sind, nur nicht der Sozialdemokratie gegenüber.“ Im Jahre 1906 sagte man dafür, daß die Nationalberatern — das ist die Industriellenpartei in diesem Gebiet — im Wahlkreis Durlach in die Stichwahl kamen und hierbei hatten christliche Gewerkschaftsführer mit. Von dem christlichen Gewerkschaftspräsidenten wurde die gründliche Wahlsituation für den Gewerkschaftspräsidenten betrieben und gegen ihn, den verdienstvollen Führer der Gewerkschaft im Wahlkreis Durlach, wieder wählen der unter den Leuten als „Kue“. So erklärte Jambusch: Das heißt: lieber den schmutzigen Schatzmacher gegen die Arbeiter, als einen Freund der Arbeiter, als den man hier ganz besonders hinstellen kann.

„Das ist die „Vorkämpfer“...“

„Wie wird der „Vorkämpfer“...“

„Wieso...“

„Wieso...“

„Oder...“

„Wenn...“

„Die Art, wie die letztere das Endergebnis des Prozesses darstellt...“

„Zwei schweißtreibende Stunden zum Gewerkschaftspräsidenten...“

„Kleinliche Behauptungen...“

„Auch im evangelischen Lager Deutschlands könnte man aus dem Prozeß manche Lehren ziehen...“

„eine über sich ergehende...“

„Zur dem...“

„Die christlichen Gewerkschaften können nicht religiös...“

„Dabei sollte und müßte es auch für die Zukunft bleiben...“

„Kleinliche Behauptungen...“

„... Über auch die Behauptungen von einer...“

„Aber nicht in dieser...“

„Als der Kassierer...“

„Mittelsweile wurden zwei Kollegen...“

„Unter...“

„Der...“

„Franz...“

„Aber...“

„Diese...“

„wie...“

„Als...“

Das öffentliche Leben und die wirtschaftliche Entwicklung der katholischen Arbeiter in der Rheinprovinz sind in den letzten Jahren in einem Maße gefördert worden, wie es sonst nirgendwo in Deutschland der Fall war. Die Arbeiter haben die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung und der Presse aus dem Reichslande herbeigeführt, so können, das Kapitäl und die soziale Gerechtigkeit aber nicht einzelnen Katholiken in Anspruch, während das Rheinland doch hätte zeigen müssen, ob Kapitäl und Arbeit über die christlichen Gewerkschaften als solche ein Recht haben zu gebären und gewahrt erhalten haben. Das wurde, wie gesagt, unter der Leitung und von der Gegenwart nicht bewiesen; selbst die utimane Wege der Kaiserin, Dr. Kaufmann, hatte nur subjektive Schlussfolgerungen aber keine sachlichen Unterlagen hierfür ins Feld zu führen.

Aber noch mehr: Die Dämpfung der christlichen Gewerkschaften gegen den Staat durch die Tat, daß sie zwischen dem Katholiken in sich, soweit sie Katholiken sind, und dem Generalstabler einen scharfen Strich zu ziehen wissen. Sie leugnen jede Unterwerfung ihrer Bewegung unter die Kontrolle des Oberhauptes der katholischen Kirche nicht nur, sie wieseln sie entschieden, zu lässig zurück.

Hält man zu dieser deutschen Selbstständigkeitserklärung der christlichen Gewerkschaften die Kundgebung, mit der vor wenigen Tagen der Erzbischof von Köln für sie eingetreten ist in dem jubelnd begrüßten Satz: „Gegenüber der Tatsache, daß 800.000 katholische Arbeiter den sozialdemokratischen Organisationen angehören, haben wir die Pflicht, unter unseren Verhältnissen die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu pflegen“, so muß man sagen, daß gegenwärtig die christlichen Gewerkschaften gegenüber ihren Gegnern, den Berliner Fabrikarbeitungen, die Oberhand gewonnen haben; sie haben ihre Art beibehalten und doch die Gunst des deutschen Episcopats nicht verloren.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 3. Wochenbeitrag pro 1914 fällig.

Im Interesse einer glatten Abrechnung pro 1913 erlauben wir die Ortsverbände und Vertrauensleute, auf jene Mitglieder in besonderen einzeln zu wirken, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind.

Wir machen auf § 77 der Satzungen aufmerksam, wonach im Monat Januar in allen Jahrestellen eine Generalversammlung stattfinden muß, in der Neuwahl des Vorstandes zu erfolgen hat und Geschäfts- und Kassenericht über das abgelaufene Jahr gegeben werden.

Der Verhandlungsleitung ist ebenfalls schriftlich über alle wichtigen Vorgänge des Jahres Bericht zu erstatten und die genaumen Adressen der gemählten Vorstandsmitglieder sind mitzugeben.

Abrechnungen und Gelder gingen pro 4. Quartal ein: Germantown, Kempen, Drensbürg, Hildesheim, Hagen, Bonn, Düsseldorf, Düssel, Hagen, Schwelm, Wob., Köln, Giterloh, Osnabr., Frankfurt, Wob., Wob., Wob. und Berlin. Gespart in Hagen.

Der Vorstand:
J. A. Gornbach.

Gewerkschaft Bayern.

Den bayerischen Jahrestellen zur Kenntnis, daß der Gewerkschaft sich wieder in München befindet. Die Adresse lautet: Josef Wächter, Kempen (Allg.), E. 19, 2. Stock. Die titl. Vorstandsstellen und Mitgliedschaft werden gebeten, davon Notiz zu nehmen. Die Gewerkschaft ist bestrebt, nach wie vor mit den Jahrestellen in engerer Fühlung zu stehen. Es wäre nur erwünscht, daß dieselbe lebhafteste Erwiderung fände. Zugleich ergeht an die titl. Vorstände die Bitte, einen kurzen Jahresbericht der Gewerkschaft senden zu wollen. Eventuellen Wünschen betreffs Besuch der Jahrestellen usw. wird gerne Rechnung getragen. Käge in diesem Jahre mit besonderem Eifer an der weiteren Ausbreitung unseres Verbandes gearbeitet werden. Auf Kollegen zur rastlosen Arbeit für unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung! Mit kollegialem Gruß!
Josef Wächter.

Rundschau.

Österreichischer Arbeiterverein in Österreich. Unser österreichisches Bruderorgan, die „Geographische Stimme“ schreibt:

Im Buchdruckgewerbe ist es bereits zu einem schweren wirtschaftlichen Kampf gekommen, der natürlich auch die Hilfsarbeitererschaft berührt. Das Gesingene dieser Bewegung wird auch seinen Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses der Hilfsarbeiter nehmen. Wenn wir auch mit allen Forderungen und der Loyalität der Gehilfen in diesem Kampf durchaus nicht einverstanden sein können, werden wir in diesem Kampfe doch unsere Solidarität beweisen. Käht zwar die Arbeitskollegialität der toten Gehilfen zu der nicht nur organisierten Hilfsarbeitererschaft und auch zu den „Güterbündlern“ verdammt viel zu wünschen übrig, so besitzen wir eben eine andere Moral.

Die Unternehmung, die den Kampf auf allen Linien aufgenommen haben, trachten Streikbrecher zu werden und glauben diese in der Hilfsarbeitererschaft zu finden. Wie uns aus Wien berichtet wird, sucht die dortige Rechtsvereinsarbeiterschaft unsere Mitglieder zu beiraten, Streikbrüder zu leiten. Es ist wohl sonderbar, daß diese Streikbrecher gerade die christlichen Arbeiter zu einer solchen Handlungsweise verleiten will. „Gegen die Sozialdemokratie“, unter dieser Parole glaubt der Herr Direktor Streikbrecher zu fangen und jeder, der darauf nicht hineinkam, ist im Schlepptau der Sozialdemokratie. Wir christlichen Arbeiter sind die letzten, die sich in das

Streikfeld zu werfen. Wir sind christlich-national und stehen für die Gerechtigkeit ein. Wir sind nicht Streikbrecher, sondern wir sind Arbeiter, die ihren Lohn verdienen wollen. Wir sind nicht Streikbrecher, sondern wir sind Arbeiter, die ihren Lohn verdienen wollen. Wir sind nicht Streikbrecher, sondern wir sind Arbeiter, die ihren Lohn verdienen wollen.

Bei dieser Gelegenheit muß einmal an den Herren Prinzipalen ein offenes Wort gesprochen werden. Sie sagen zu uns: „Wir wollen den Terror der Sozialdemokraten brechen und rechnen dabei auf die Unterstützung der christlichen Arbeiter!“. Einverstanden! Wo es gilt, unsere Kollegen aus der schauerlichen Sklaverei der „freien“ Organisation zu befreien, werden uns die Unternehmer auf dem Flusse stehen. Wir kämpfen gegen die Schmach, daß im 20. Jahrhundert christlich organisierte Arbeiter aus den Werkstätten geworfen werden, der Familiennot seiner Existenz beraubt wird, schließlich deshalb, weil sie sich der Diktatur der Sozialdemokratie nicht unterordnen wollen. Also im Kampfe gegen Terror, gegen Arbeitsmonopol usw. können die Unternehmer auf uns zählen. Ob wir in diesem Kampfe immer die Unterstützung der Prinzipale gefunden haben? Selten, fast nie! Acht Jahre haben die Unternehmer das Arbeits- und Vermittlungsmonopol in der Praxis geduldet, noch mehr, oft gefördert!

Und im neunten Jahre, just, wo die Gewerkschaft Forderungen wirtschaftlicher Natur stellt, soll mit der Verteilung des bisher schon praktisch gehandhabten Monopols angefangen werden und zwar mit unserer Hilfe? Dazu sind nun wir nicht zu haben! Dann seien wir keine „christlichen“, meinen die Prinzipale, die selber durch acht Jahre die Organisation der christlichen Arbeiter behindert haben, um ja nur keine Unannehmlichkeiten zu haben. Wollen die Unternehmer endlich die rote Zwangsherrschaft vom Gewerbe abschneiden, dann zu einer Zeit, wo der jetzt nur zu begründete Verdacht, wegen Lohnüberhebungen der Gehilfen den Kampf aufgenommen zu haben, keine Berechtigung hat. Der christliche Arbeiter hat eine Ehre, für die er Existenz und Gesundheit einsetzt, deren höchste Seite aber die Gerechtigkeit ist den Arbeitserbräuern ist.

Ein christlicher Arbeiterführer für ein labilisiertes Zuchtbaugesetz.

Wie der Standpunkt aller christlich-nationalen Arbeiter zum Zuchtbaugesetz ist, wie sie sich zum „verfälschten Gesetz der sogenannten Arbeitswilligen“ stellen und was sie vom Organisationskampf denken, das dürfte nachher bekannt genug sein. Die Duldungszeitung will das aber nicht wissen. Sie will bei ihren Lesern den Glauben erhalten, die christlichen Arbeiter ließen durch ihre Führer Ausnahmegehälter gegen die Arbeiter unterstützen oder fordern. Wer auf so einen plummen Schwindel hereinfällt, sollte sich eigentlich schämen. Aber — gibt es denn eine Dummheit, Freigebit, Nichtsnutzigkeit, die und christlichen Arbeitern von den verdienstlichen Genossen nicht zugestanden würde? Die „freien“ Arbeiter werden zu geradezu mit leuchtender Bosheit auf uns geachtet. Keine Gelegenheit geht vorüber, wo uns nicht von den Genossen „Arbeiterverrat“ vorgeworfen wird.

Was ist nun vorgefallen, daß die Duldungszeitung unter dem scheinbaren Titel: „Ein christlicher Arbeiterführer für ein indirektes Zuchtbaugesetz“ — gegen uns gegen will?

Der Kollege Oswald hat im bayerischen Landtag ein energisches Wort gegen den

Terrorismus der Sozialdemokratie gesprochen. Sind doch gerade in Bayern in den letzten Monaten noch traffe Terroristmissetaten vorgekommen. Wir erinnern nur an die Vorgänge in der Bamberger Möbelindustrie, die allerdings nicht so gemein haben, wie die Genossen träumten. Oswald hat ausdrücklich betont, daß man den christlichen Arbeitern mit dem Arbeitswilligenausgesetz „so im Falle bleiben soll. Dagegen sprach er die Hoffnung aus, — verheißt die Duldungszeitung die sehr berechnete Hoffnung — daß die gesetzlichen Bestimmungen in allen zulässigen Formen denen gegenüber angewandt werden, die Terrorismus und Gewalt anderen gegenüber anwenden wollen. Ist denn etwa die Zuchtbaugesetz darauf, daß irgend ein Arbeiter durch Gewalt und Terrorismus den Gewerkschaften zugeführt werden soll? Wir verlangen eine klare Antwort. Wenn es vorgekommen ist, daß in Erlau ein Gewerkschaftssekretär wegen des Wortes „Streikbrecher“ zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, so ist das ein Urteil, das uns nicht weniger empört hat, als den Betroffenen. Es war ein unmenschliches Urteil, und wir sind ganz der Meinung der Wend. Arb.-Ztg., daß die Richter das gesunde Rechtsempfinden des Volkes verlegt haben. Wer aber Gewalt anwendet, wer terrorisieren will, dem gebührt eine empfindliche Strafe.

Wenn die „Zuch.-Ztg.“ auch so denkt, was wir nicht unbedingt anzunehmen müssen, hat sie dann noch einen Punkt Recht. Oswald zu unterdrücken, er wolle ein indirektes Zuchtbaugesetz? Ist das ein ehrlicher Gegner, der die Tatsachen solange intransigiert, bis man dem Gegner einen Strich daraus drehen kann?

Habt ihr denn kein Ehrgefühl mehr, ihr Genossen, das auch von einer so abscheulichen Polemik zurückhält? Allerdings, wenn ich nur mit Hilfe der colgen Gewalt und mit allen Mitteln des Terrorismus zum Ziele zu kommen verneint, denn, — aber nur dann — ist der Antirum auf Oswald begründet und uns verständlich.

Der „wahrheitsliebende“ Dr. Erdmann.

„Wahrheitsliebender“ Dr. Erdmann hat die Sitzung des Deutschen Reichstages zum Arbeiterkongress verweigert, weil der Herr Doktor auf früheren Monarchien die Arbeiterkongresse von den Sozialdemokraten für den Scheitern auf das größte Maß zurückzuführen wollte. Der „Herr Doktor“ war für uns nicht erwünscht worden. Um ihn aus der unangenehmen Situation zu retten, ließ er durch die so „wahrheitsliebende“ Presse veröffentlichen: „Es ist gelungen, daß gewisse Erdmann um eine Briefkarte zum Reichstag gehen habe“. „Frankfurter Posten“, und die „Zukunft“, „Reichszeitung“, Nr. 244, der die Karte doch etwas hart vorlief, bemerkte, Dr. Erdmann habe nur schriftlich um die Zulassung der Drucksachen des Kongresses gebeten. Der „Herr Doktor“ glaubte seine Haut in Sicherheit gebracht zu haben, wenn er den sozialdemokratischen Zeitungsleitern einige unwahre Bemerkungen hinwarf. Der Herr Doktor! Er hatte die Rechnung ohne die örtliche Berliner Kongressleitung gemacht. Tag er am 28. November eine mit dem Reichstagsstempel versehene eigenhändig geschriebene Briefkarte mit der Bitte um Karte und Drucksachen an die örtliche Kongressleitung geschickt hatte, war dem Herrn Doktor bei seinen „schwierigen philosophischen Arbeiten über die christliche Arbeiterbewegung“ scheinend nicht mehr im Gedächtnis.

Die Karte hatte folgenden Inhalt:
Sehr geehrter Herr!
Tarf ich Sie bitten, mir eine Karte für den dritten Deutschen Arbeiterkongress und die dazu gehörigen Drucksachen zu geben zu lassen.
Hochachtung

Berlin S. 11
Hotel Sachal,
Königsgräber Str. 111.
Dr. K. Erdmann.
W. v. R.

Also, nicht nur um die Drucksachen des Kongresses bat er, nein, in allererster Linie wünschte er „eine Karte für den dritten Deutschen Arbeiterkongress“ und dann erst „die dazu gehörigen Drucksachen“. Ja, Herr Doktor, was sagen Sie nun? Das ist keine sogenannte „voraussetzungslos“ Wissenschaft, wie Herr „Christendoktor“ sie liebt, sondern ist auf Tatsachen aufgebaut und ist Wahrheit. Von dieser letzteren wünschen wir ihm als nächstes Weihnachtsgeschenk ein vollgrüttes Maß. Dann wird er weniger unangenehm ausfallen.

Wer ist ein Unwissenlicher?
Im „Allg. Anz. f. Buchbinder“, Nr. 2, 1914, finden wir folgendes Inserat:

Ich suche für meine Buchbinderei und Buchdruckerei einen
zuverlässig, tüchtigen, braven, kathol. Mann
mit Verdienst im Alter von 24-30 Jahren
mitverdien, welcher die Buchbinderei gelernt hat, auch stenisch schreiben ist in Latein und Deutsch in der Buchdruckerei (Schweizerdeutsch) eine gute Schreibweise (Frankfurt) mit einem Reich. Durch die Arbeit an dem Buchhandel stehen und nicht an anspruchsvollen sein, hat einen Vorzugspolizeizug zu verstehen und seine Geschichte dieses Jahreszeitung zu übernehmen. Offerten mit Photographie und Lebenslauf unter K. 2000 an die Expedition dieses Blattes.

Der Schlußfolger, der da wahrheitsliebend einen dummen Schwärzer sucht, der nicht zu anspruchsvoll sein soll, ist selber recht anspruchsvoll. Vielleicht gelüftet's einen unserer Kollegen, der alle die geforderten Eigenschaften besitzt, sein Bild nebst einem tüchtigen Bewerbungs schreiben an die Expedition zu senden. Wir gratulieren jetzt schon!

Reichshaus's Schicksal.

In der Tagespresse ist folgende Notiz zu lesen:
Der bekannte Gewerkschaftsführer Ludwig Reichshaus ist von einem tragischen Geschick ereilt worden. Reichshaus arbeitete in Hadolfzell als Schriftsetzer. Mit der Frau seines Hebes begann er ein Liebesverhältnis und begab sich mit ihr nach Jümmenstadt, wo er einen mehrtägigen Aufenthalt nahm. Von dort zog er nach Pfrenten, wo er etwa vierzehn Tage im Gasthof „Alder“ wohnte. Von dort ging er dann nach Pfrenten Berg, wo er im Gasthof „Zum Engel“ abstieg. Dort reiste allem Anschein nach in dem Haare der Entschluß, aus dem Leben zu scheiden. Sie legten ihre Scheringe auf dem Altar der katholischen Pfarrkirche nieder und bestiegen am 29. Dezember den Pfrenten, wo sie sich im dortigen Restaurant ereigneten. Nachdem bereits die Nacht hereinbrochen war, machten sich beide an den Abstieg. Auf dem Wege ließen sie sich auf einer Muebank nieder und nahmen eine Portion Opium, um sich das Leben zu nehmen. Sie erwachten jedoch später wieder, da die Dosis nicht stark genug war. Dann begaben sie sich in ihr Quartier zurück, wo sie in gänzlich erschöpftem Zustand anlangen. Von hier aus wurden sie in das Krankenhaus von Pfrenten gebracht. Beiden sind die Beine erkronten, so daß sie abgenommen werden müssen.

„Das ist“, so schreibt der „Tagpost“, das Ende des Gutenbergs, ein geradezu trauriges Ende eines Mannes, der 16 Jahre an der Spitze der „Organisation von Weitauf“, genannt Verband der Deutschen Buchdrucker standen und durch seine Tat und — das muß anerkannt werden — durch seinen Eifer den Verband erst zu der heutigen Stärke gebracht hat. Und dieser Führer muß so enden. Das ist der Zant...

Eine neue Angelegenheitsorganisation.

Unter dem Titel: „Neuer Angelegenheitenverband“ ist eine neue Organisation ins Leben getreten, die in Eberfeld ihren Sitz und im Anfang dieses Jahres ihre geschäftliche Tätigkeit aufgenommen hat. Die neue Organisation wird Mitglieder in den Angelegenheiten aller Branchen (z. B. in Industrie, Handel, Kommunen, Privatberuf, Rechtsanwaltsbüros, Zeitungsbetrieben usw.) werden. Den deutschen Hand-

ausgesprochenen, sondern auch eine gewisse Abhängigkeit von dem Staat vor sich zu haben. Die Arbeiter wissen, dass die Kirche eine politische Organisation ist, die die Interessen der Arbeiter vertreten muss. Die Kirche muss sich nicht nur für die geistliche, sondern auch für die soziale und politische Interessen der Arbeiter einsetzen. Die Kirche muss die Arbeiter in ihrer Not unterstützen und ihnen die Möglichkeit bieten, ihre Interessen zu vertreten.

Die Gründung wurde von Anfang an als ein Schritt zu der Herbeiführung angesehen, dass für den großen Teil der Angehörigen eine moderne, auf rationalem Boden stehende große leitungsfähige Zentralorganisation geschaffen werden müsse, die in der Lage ist, die soziale, politische, wirtschaftliche und geistliche Interessen der verschiedenen Angehörigen zu vertreten und bei strenger Wahrung der vorkatholischen Neutralität sich frei hält von radikalen und auch gelblichen Tendenzen, die heute in verschiedenen Angehörigen-Verbänden vorherrschen. An Wohlfahrtsvereinigungen werden den Mitgliedern neben unentgeltlichem Rechtschutz und einer 14-tägigen erfindenden Verbandsschrift Krankenunterstützung, Stellenlosenunterstützung und Sterbegeld geboten.

Zweck gebiegener und gründlicher Standesarbeit gliedert sich der Deutsche Angehörigenverband in verschiedene Gruppen (besondere Berufsgruppen), wobei der Verbandsvorsitz eine Berufsgruppenvertretung beinhalten ist. Mit der christlich-nationalen Gesamtbewegung wird der neue Verband aus praktischen, wie auch aus ideellen Gründen einen Parteistützpunkt abschließen. Interessenten erhalten Einladungen und sonstige einschlägige Drucksachen von der Geschäftsstelle des Deutschen Angehörigenverbandes, Eberfeld, Island 11.

Der Verhältnis zwischen Kirche und Gewerkschaften in Amerika.

hat auf dem letzten amerikanischen Gewerkschaftskongress eine sehr interessante Beleuchtung erfahren. Auf diesem Kongress war der katholische Bischof John W. Carroll (Montana) als Gast erschienen und hat eine beachtenswerte Ansprache gehalten, die nicht nur für Amerika, sondern auch für den ganzen Welt die größte Beachtung verdient. „Schönung vor dem Arbeiter als Mensch, als menschliches Wesen“, so führte der Bischof u. a. aus, „Schönung vor der Arbeit, vor der Würde der Frau, vor dem Heiligsten der Familie, das sind die Motive, die der ganzen Arbeiterbewegung zu Grunde liegen und ihr den Erfolg verschaffen haben.“

„Ich kann Ihnen keine Sympathie entgegenbringen, die immer an den Gewerkschaften herum zu kräuteln haben... die organisierte Arbeiterkraft ist als Ganzes zu betrachten und so betrachtet, sind ihre Ziele und Absichten lobenswert, ihre Deckungen in der Gewerkschaftspropaganda, die sie über Amerika durchzuführen versucht, die niemand bezweifeln kann und die dabei entsetzlichen Fehler sind nicht als mangelhaft durch die guten Endresultate.“

Der katholische Arbeiter ging dann näher auf die Zusammenhänge zwischen Gewerkschaftsbewegung und Religion ein und sagte, es brauche niemand darüber zu verwirren zu sein, dass ein Bischof der katholischen Kirche auf einem Kongress offen für den Gewerkschaftsgebannten eintritt:

„Meine Damen und Herren, wenn wir näher an die Frage herantreten, wie kann irgend ein Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Religion sein? Gibt nicht die Grundlage, für die die Arbeiterkraft eintritt, die identischen wie die, für welche die Kirche 20 Jahrhunderte hindurch gekämpft hat? Der Arbeiter verlangt bessere Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeiten usw. Hat die Kirche für all das nicht Jahrhunderte hindurch gekämpft? Hat sie nicht durch ihre Lehre von der Würde der Einzelpersönlichkeit das Bewusstsein überwunden?“

Der Bischof setzte dann noch in längeren Darlegungen auseinander, was die Kirche im Laufe der Jahrhunderte zur Förderung der menschlichen Kultur geleistet hat und wie die Unterstützung der Kirche dem Gewerkschaftswesen zur Ausbreitung seiner Ideen unter den Millionen Arbeitern Amerikas und der anderen Länder der Erde nur förderlich sein kann. — In Deutschland aber hat die Kirche die freie Gewerkschaftsbewegung, der Kirche und Religion den Krieg erklärt und damit die Spaltung der Arbeiterkraft herbeigeführt.

Gerichtliche Entscheidungen.

Die in den Vorlesungen erörterten sozialdemokratischen „Freie Volksgesetzgebung“ brachte vor einiger Zeit einen Artikel, in dem es hieß: „Es ist noch nicht lange her, da unterlag der Geschäftsführer des christlichen Textilarbeiterverbandes in Aachen 3000 Mark.“ Die seit Jahren in Aachen tätigen Beamten des christlichen Textilarbeiterverbandes, die Gewerkschaftssekretäre Ernst Weber und Arnold Hamacher, erhoben gegen den verantwortlichen Rechtsanwalt Mohrer von der „Freien Volksgesetzgebung“ Klage wegen Verleumdung. Mohrer wurde am 10. Dezember vom Schöffengericht zu Wuppertal wegen Verleumdung zu 60 Mark Geldstrafe, sowie zur Tragung der Prozesskosten verurteilt. Den Privatklägern wurde die Verurteilung zugesprochen, auf Kosten des Angeklagten den Urteilstenor in der „Freien Volksgesetzgebung“, dem „Glaubensboten“, dem „Volkstreu“ in Aachen und der „Textilarbeiter-Zeitung“ in Düsseldorf zur Veröffentlichung zu bringen.

Vom Schöffengericht in Sulz n. R. wurde der Sozialdemokrat Joseph Reinhold (jun.) aus Reichsweller wegen Verleumdung zu 15 Mark Geldstrafe, eben 3 Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt. Der Verurteilte hatte anlässlich einer Besprechung die christlichen Gewerkschaften im Pöschelbörner Petroleumgebiet mit Bezug auf den Privatkläger, Gewerkschaftssekretär Kuhn in Frankfurt a. M. die Behauptung aufgestellt: „Er hätte gesehen, wie Kuhn feineren im Auto des Unternehmers gefahren sei.“ Vor Gericht bestritt der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Verleumdung, was ihm jedoch nichts half, da das Gegenteil erwiesen werden konnte.

Aus den Jahrbüchern.

München. Nach langwierigen Verhandlungen, die gemeinsam mit dem deutschen Arbeitgeberverband für die Textilindustrie vor uns geführt wurden, hat unsere Volksbewegung in der Verhandlungsbereitschaft ihre Güte erreicht. In der am 20. Dezember gehaltenen und mit beachtlichen Versammlung berichtete unsere Tarifkommission über die letzten Verhandlungen und die darüber ausgestandene, welche von Seiten der Arbeitgeber anerkannt wurden.

Die Hauptpositionen des für 3 Jahre abgeschlossenen Tarifs sind folgende. Die Arbeitszeit beträgt wie schon bisher 53 Stunden wöchentlich. An Aufbesserungen wurden erzielt: für die Mollerei 1.50 M., für die Kollektoren 50 Pfg. Der wöchentliche Mindestlohn beträgt also vom 1. Januar 1914 an:

- a) für gelernte Facharbeiter 28.00 M. (ohne Feiertage 26.00 M.);
 - b) bis längstens im 6. Jahre nach Beginn der Lehrzeit 23.00 M. (24.00 M.);
 - c) bis längstens im 3. Jahre nach Beginn der Lehrzeit 22.00 M. (23.00 M.);
 - d) geübte Facharbeiter an der Rhön- und Victoria-Werke, ferner an der Fertigmach-, Tedenmach-, Radwickelmaschinen und Schneidmaschinenwerken erhalten 33.00 M. (34.00 M.).
- Löhne für Arbeiterinnen:
- a) für Arbeiterinnen und zwar für lernende und ungeübte unter 16 Jahren 7.50 M., 18.00 M.; über 16 Jahren im ersten Halbjahr 9.00 M. (9.50 M.), nach einem Jahr 11.50 M. (12.00 M.);
 - b) für geübte Arbeiterinnen an Spezialmaschinen, ferner Arbeiterinnen an Rhön-, Victoria- u. Schnellpränpresen 16.00 M. (17.00 M.).

Gehilfen, die auf die Einführung der oben bezeichneten Mindestlöhne keine Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse erzielen, erhalten bis 8 M. über dem neuen Minimum 1.00 M. Zulage.

Wenn man nun die innerhalb der letzten drei Jahre gegebenen Lebensmittelpreise und die enorm gestiegenen Mietpreise in Betracht zieht, so sind diese Lohnsätze für eine Großstadt wie München recht minimal. Diese Meinung ist auch in der Versammlung während der lebhaften Diskussion zum Ausdruck gekommen. Schließlich muß noch bemerkt werden, daß die Tarifkommission letzten Jahres beschloß hätte, eine allgemeine Zulage von durchschnitts 50 Pfg. ab 1. Januar 1915 einzuführen, was aber an dem jähen Widerstand der Arbeitgeber scheiterte. Recht bezeichnend wirkte das Verhalten des D. V. G. in dieser entscheidenden Frage. Lediglich in der letzten Lohnkommissionssitzung stimmte darüber herrschte, an der letzten Forderung, am 1. Januar 1915 wenigstens noch eine allgemeine Aufbesserung von 50 Pfg. unter allen Umständen festzuhalten, hat man in der entscheidenden Versammlung des D. V. G. nicht einmal den Versuch hierzu unternommen. Beweis ein ganz eigenartiger Kontrast zwischen dem sonst radikalen Demagogentum und dem an den Tag gelegten Verhalten im Genossenschaft.

(Genau wie in Köln! Am. d. Redaktion.)

Stuttgart. Unsere erste Versammlung im neuen Jahre, durch die rege Arbeit eines Vertrauensmannes gut vorbereitet, war ausnahmsweise gut besucht. Als Einleitung zur Tagesordnung wurde von dem Vorsitzenden der Kollegen Heimbach ein Schreiben verlesen, in welchem unser verehrter Gauvorsitzender Müller in München in überaus inniger Weise die Kollegen aufmunterte, etwas mehr Mitarbeit zu leisten zum Wohle des graphischen Verbandes. Den Gesamtanfall des Schreibens dürften sich die Stuttgarter Kollegen wohl zu Herzen nehmen, ist es doch eine leidige Sache, daß die Mitarbeit an der Entwicklung der Stuttgarter Jahrbücher viel zu wünschen übrig läßt. Es gibt in Stuttgart so viele christlich sein wollende Kollegen, welche bei genügender Charakterfestigkeit und Solidarität für die Jahrbücher des graphischen Verbandes gewonnen werden könnten, wenn dieselben den Mut hätten, offen für ihre christliche Überzeugung, dem sozialdemokratischen Treiben gegenüber, einzutreten. Andererseits ist es auch schwierig, gewisse Kollegen, welche sich der Beitragleistung entziehen wollen, zum Eintritt in die Jahrbücher zu bewegen. Daß gerade diese geleisteten Beiträge, welche ja zum großen Teil zur Unterstützung kranker und arbeitsloser Kollegen verwendet werden, gewissermaßen ein Stück praktisches Christentum bedeuten, darüber braucht wohl nicht weiter geschrieben zu werden. Im weiteren Verlauf der Versammlung hielt dann Kollege Weston einen überaus interessanten Vortrag über Pragerkunst. Dieser Vortrag gab den anwesenden Kollegen an der Hand zahlreicher Abbildungen und Musterprägungen Gelegenheit, einen besonderen Einblick in das graph. Gewerbe genau kennen zu lernen und es war eine Freude, zu sehen, mit welchem Interesse dieser Vortrag angehört wurde. Eine Anregung, bei Versammlungen nicht nur gewerkschaftliche, sondern auch technische Vorträge zu veranstalten, war dieser Abend, welcher deutlich genug zeigte, daß eine Versammlung, welche den Mitgliedern etwas bietet, auch Erfolg hat. Mit der Bekanntmachung des Termins für die Generalversammlung wurde dann die Versammlung geschlossen.

Versammlungs-Kalender.

- Versammlungen finden statt:
- München.** Jeden 2. Sonntag im Monat im „Gewerkschafts-Hotel“ „Schützenhalle“ Wintergasse 12.
 - Barmen.** Jeden 1. Samstag im Monat abends 8 Uhr in der Rest. Wilm's, Ludwigsstr. 33 in Eberfeld und im Rest. Lindermann Oberbismarckstr. 69 in Barmen.
 - Berlin.** Jeden 1. Donnerstag im Monat bei Müller, Stralauerstr. 53 (Gärtnerheim) pünktlich 8 1/2 Uhr.

Stiefeld. Jeden 1. Mittwoch im Monat im „Hotel“ „Gasthaus der Lehrer“ Verlorenstr. 31. Anfang 8 Uhr.

- Bonn.** Jeden zweiten Sonntag im Monat, abends 9 Uhr im Restaurant König, Bonngasse 4.
- Düsseldorf (Ober).** Jeden 1. Samstag nach dem 15. eines jeden Monats 8 Uhr im „Gasthof“ „Neue Post“ unsere Versammlung statt.
- Düsseldorf (Unter).** Jeden 2. Samstag im Monat in der Restauration „Zum Ruffenhaus“.
- Düsseldorf.** Jeden 4. Samstag im Monat im Restaurant „Gasthof“, Friedr. Wilh.-Platz, Ecke Sonnenwall.
- Düsseldorf.** 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung.
- Essen.** Jeden 1. Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im Restaurant Karl Wollen, Alsterdixplatz.
- Freiburg.** Samstag, den 24. Januar im Verkehrslokale Brauerei Ganten, Schiffstr.
- Hagen.** Jeden Samstag nach Erschienen der Zeitung bei „Gasthof“, Rönneckerstr. 17.
- Hamburg.** Nächste Versammlung am 24. Jan. in Hagel-Reins Gesellschaftshaus, Schlagschiffstr. 43/44.
- Hamm.** Versammlung am 24. Januar bei Hiegener, Südstraße.
- Krefeld.** Jeden ersten Samstag im Monat abends 8 Uhr im Restaurant „Central“.
- Köln.** Am 17. Januar im Verein Generalversammlung.
- München.** Jeden 2. und 4. Samstag im Monat im Schommersgarten, Schommersstr. 15 Minuten vom Bahnhof.
- M. Gladbach.** Jeden 1. Samstag im Monat beim Wirt Paul Lambert Steppeschtr. 1/2 Uhr. Samstag, den 17. Januar Generalversammlung.
- M. Gladbach-Pöhl.** Jeden 2. Samstag im Monat Mitglieder-Versammlung beim Wirt Peter Dehnen. Um vollständigen Erscheinen wird dringend gebeten.
- Münster.** Samstag, den 24. Jan. bei Wilmann Mühlgraben, vollständiges Erscheinen verpflichtend.
- Münster.** Jeden 2. Samstag im Monat Mitglieder-Versammlung im Restaurant „Lustgarten“.
- Paderborn.** Jeden 2. Dienstag im Monat im „Pilsener“, Sonntag, den 2. Februar Generalversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen bei dieser Versammlung punkt 8 Uhr zu erscheinen.
- Wuppertal.** Jeden Mittwoch nach Erscheinen der Zeitung bei „Gasthof“, Gaudigstr.

Jahrbücher Düsseldorf.

Samstag, den 24. Januar abends 8 1/2 Uhr im Pilsener, Mühlgraben
Generalversammlung
 Erscheinen aller Mitglieder verpflichtend!
 Der Vorstand.

Bezirk Düren.

Die Abfertigung von 20 Mitgliedern in Gruppen und die Abfertigung mit Naturkostverköstigung in treffenden Maßnahmen unentgeltlich, machen eine allgemeine Ausprache sämtlicher Verbandsfunktionäre dringend notwendig.
 An alle Verbandsmitglieder und Vertrauensmänner unseres Bezirkes ergeht deshalb der dringende Ruf, sich
Samstag, den 18. Januar nachmittags 2 1/2 Uhr in Düren
 im Lokale Rinsberg rechtlich einzufinden.
 Ueber die Wichtigkeit dieser Konferenz wird genügt keine Aufklärung mehr notwendig sein. Bleibe daher kein Vorstandsmitglied und kein Vertrauensmann fern.
 Mit kollegialem Gruß
 Die Bezirksleitung.

Unserem verehrten Kollegen
Peter Herzog
 sowie seiner lieben Frau herzlichste Glückwünsche zur Vermählung.
Jahrbücher Düsseldorf.

Unserem lieben Kollegen
Gustav Seiler
 und unserer lieben Kollegin
Therese Seiler
 zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
Jahrbücher Düsseldorf (Ober.)

Jahrbücher Bonn.

(Unlück verspätet).
 Am 18. Dezember 1913 wurde uns unser lieber Kollege
Robert Zimmermann.
 der mehrere Jahre als Vorsitzender der Jahrbücher sich für unsere Sache eifrig betätigte, in ein besseres Jenseits abberufen. Wie werden ihm ein dankbares Andenken bewahren.
 Die Mitglieder der Jahrbücher Bonn.

Verantwortlich: L. Sedlmayr, Köln, Venloerwall 9.
 Druck: Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Maxstr. 9.